

# »Forschung wird immer weiter ausgelagert«

Hamburg will stärker mit Fraunhofer-Gesellschaft zusammenarbeiten.

Dabei ist die auch für das Militär tätig.

**Gespräch mit Martin Dolzer**

**H**amburgs Senat strebt einen Ausbau der Zusammenarbeit mit der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. an. Ein Antrag von SPD, Grünen, CDU und FDP wurde am vergangenen Mittwoch in der Bürgerschaft diskutiert und beschlossen.

**Was kritisieren Sie daran?**

Die Forschung wird immer weiter an Einrichtungen außerhalb der staatlichen Hochschulen ausgelagert. Das muss aufhören. Statt dessen fordern wir eine ausreichende Grundfinanzierung von Forschung und Lehre. Dann könnten die Hochschulen unabhängig werden von Drittmitteln; mit einer Zivilklausel könnten sie sich gegen militärische Forschung wehren.

**Wie sieht die jetzt beschlossene Entwicklungsstrategie aus?**

Die Strategie ist stark wirtschaftsorientiert und darüber hinaus unspezifisch. So ist durch den Beschluss nicht gesichert, dass der Fraunhofer-Verbund Verteidigungs- und Sicherheitsforschung, kurz VVS genannt, nicht zukünftig die Forschung in Hamburg mitkoordiniert oder zumindest stark von ihr profitiert. Er ist einer von sieben Verbänden unter dem Dach der Gesellschaft.

Deshalb forderten wir, dass die Schwerpunkte der Weiterentwicklung ausschließlich im Bereich der zivilen Forschung liegen sollten. Und zwar außerhalb der Vorgaben des VVS und auch nicht in Zusammenarbeit mit ihm. Zudem sollte eine weitergehende Zusammenarbeit und Förderung der in Hamburg ansässigen Fraunhofer-Institute von einer Zivilklausel der Einrichtungen abhängig gemacht werden.

**Die Abgeordneten von SPD und Grünen argumentierten, dass die derzeit in Hamburg ansässigen Fraunhofer-Einrichtungen lediglich zivile Forschung betreiben.**

Wenn dem so wäre, hätten sie sich gemäß unseres Antrags auf eine friedliche Ausrichtung festlegen können. Bereits jetzt wird aber Forschung betrieben, die auch vom Militär und von Rüstungsbetrieben gefragt ist. Unter dem Label MUNIN wurden unter Leitung des Fraunhofer-Centers für Maritime Logistik und Dienstleistungen unbemannte Schiffsdrohnen und Strukturen zu

deren Nutzung erforscht. Vorgeblich geschah das für die zivile Nutzung. Beteiligt war aber unter anderem das norwegische Unternehmen Aptomar, das einen militärischen Bereich hat.

**Wird die Wissenschaft immer weiter in Richtung militärische Forschung gedrängt?**

Seit 2010 gingen etwa 90 Prozent der Aufträge des Bundesverteidigungsministeriums an außerhochschulische Forschungseinrichtungen – und davon wiederum 95 Prozent an Institute der Fraunhofer-Gesellschaft. Einige Institute der Gesellschaft erhalten ihre Sockelfinanzierung vom Bundesverteidigungsministerium. Für den Ausbau von Standorten gibt die Fraunhofer-Gesellschaft

aber meist regelrechte Knebelverträge vor. Bundesländer und Hochschulen geben im Rahmen einer Zusammenarbeit meist alle strategischen Steuerungsmöglichkeiten ab. Zudem gehen sämtliche Patente, die der Forschung von mit Fraunhofer zusammenarbeitenden Hochschulen entspringen, direkt an die Fraunhofer-Gesellschaft.

**Wird unter dem Dach der Gesellschaft stattfindende zivile Forschung direkt militärisch nutzbar?**

Der VVS kann die Ergebnisse der Forschung aus den sechs zivilen Verbänden sicherlich direkt nutzen, da sie alle Teile der Fraunhofer-Gesellschaft sind. In der Debatte um Militärforschung spielt in den letzten Jahren der Begriff »Dual Use« eine große Rolle. Forschungsergebnisse sind überwiegend sowohl zivil als auch militärisch anwendbar. Die positive Bezugnahme auf dieses »Dual Use« oder den doppelten Nutzen verfolgt meist taktische Zwecke. Die militärische Nutzbarkeit ziviler Forschung soll als unbeabsichtigt oder unvermeidlich dargestellt werden. Versuche, militärische Interessen aus der zivilen Forschung auszuschließen, sollen so als nicht realisierbar zurückgewiesen werden.

Die Grundlagenforschung, die die Fraunhofer-Gesellschaft betreibt, läge deshalb in »friedlicheren Händen«, wenn sie in der Verantwortung der Bundesländer und von Hochschulen mit Zivilklauseln bliebe. Das gilt für Hamburg insbesondere in Anbetracht des geplanten Kriegsschiffbaus bei der Werft Blohm und Voss.

**Interview: Kristian Stemmler**



Martin Dolzer ist wissenschaftspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft